



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 163-2024
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2024.RRGR.219

Eingereicht am: 12.06.2024

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Saïd (Biel/Bienne, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Bekämpfen von Hass, Beleidigungen und Drohungen gegenüber Politikerinnen und Politikern

Im Rahmen des Pilotprojekts «Stop Hate» wurde im Februar 2024 im Kanton Zürich eine Studie durchgeführt, die ergeben hat, dass ein Drittel der gewählten Politikerinnen und Politiker Hassreden ausgesetzt waren. Ein Viertel der Betroffenen wurde sogar Opfer von Gewaltdrohungen, inklusive solcher, die sich gegen Angehörige richteten. Die Medien berichteten am 21. März, dass infolge einer Kontroverse im Zusammenhang mit einer Spesenabrechnung für eine Pausenverpflegung das Auto eines Berner Regierungsrats mutwillig beschädigt wurde. Seit die Angelegenheit bekannt wurde, wird er ständig zum Opfer verbaler Angriffe. Vor ein paar Jahren wurde er sogar unter Polizeischutz gestellt wegen Todesdrohungen, die sich gegen ihn und seine Tochter richteten. Es gibt auch noch andere Beispiele.

Trotz der grossen Bedeutung von Diskussionskultur in der Politik sind Hassbotschaften, Beleidigungen und Drohungen ein echtes Risiko für die Demokratie. So sehen sich Politikerinnen und Politiker nicht selten gezwungen, zurückzutreten oder auf eine Kandidatur zu verzichten. Dieses Problem kann auch Politikerinnen und Politiker darin bestärken, vorsichtiger zu sein und sich zu gewissen Themen nicht zu äussern. Das Milizsystem wird durch die Zunahme von Hass und den Gewaltaufforderungen gegen Politikerinnen und Politiker bedroht, denn die Zahl der Personen, die zur Übernahme eines politischen Amtes bereit sind, wird schrumpfen. Die Unterstützung der Politikerinnen und Politiker durch ihre Parteien spielt eine zentrale Rolle, ausserdem ist es von grundlegender Wichtigkeit, dass die öffentlichen Behörden sich dieser Problematik annehmen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wurden im Kanton Bern bereits Informationen zur Häufigkeit, mit der Politikerinnen und Politiker mit Hassreden, Beleidigungen und Drohungen konfrontiert werden, gesammelt?

2. Wenn nicht, welche Meinung vertritt der Regierungsrat zu einer Datenerhebung im Zusammenhang mit dieser Problematik im Kanton Bern?
3. Plant der Regierungsrat, Politikerinnen und Politikern des Kantons Bern, die Opfer von Hassreden, Beleidigungen und Drohungen wurden, ein kostenloses digitales Anzeigeverfahren, ein Beratungszentrum oder kostenlose rechtliche Unterstützung anzubieten?
4. Welche Strategien wendet der Regierungsrat an, um die Öffentlichkeit über die gefährlichen Auswirkungen für die Demokratie von Hassreden, Beleidigungen und Drohungen sowie über eventuelle strafrechtliche Folgen solcher Taten zu informieren?

Verteiler

- Grosser Rat